

Liebe Delegierte ,
liebe Gäste,

im aktuellsten Koalitionsvertrag den DIE LINKE mit der SPD vereinbart hat - in Brandenburg, ist der Abschnitt Bildung der erste nach der Präambel und nimmt 5 von 60 Seiten ein. Zur Berufsausbildung findet man auf Seite 29 zehn Zeilen. Das mag daran liegen dass die Regelungen zur betrieblichen Ausbildung auf Bundesebene zu treffen sind. Die schulische Berufsausbildung ist allerdings auf der Ebene der Länder zu regeln.

Bei der Bestimmung der Richtung, in die wir Berufsbildung verändern wollen sollten wir uns einige Zusammenhänge bewusst machen:

1. Es ist geltendes Recht, dass organisiertes/institutionalisiertes Lernen nach dem Abschluss der allgemeinbildenden Schule weitergeht. Es besteht Berufsschulpflicht.
2. Es ist auch gesetzlich bestimmt, dass für jeden Schulabgänger eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen ist, auch wenn das Angebot der Wirtschaftsunternehmen kleiner ist als die Zahl der Schulabgänger (Wie das zu sichern ist regelt das Berufsbildungsförderungsgesetz)
3. Dort wo Unternehmen vor allem wegen des erkannten eigenen Nutzens in die Ausbildung investieren, schreiben Ihnen Ausbildungsordnungen recht breite Lerninhalte vor, was zusammen mit dem schulischen Teil der dualen Berufsausbildung einen beachtlichen Anteil „Allgemeinbildung“ sichern sollte.

Es geht - das möchte ich mit diesen Hinweisen betonen - auch bei BA primär um Persönlichkeitsentwicklung.

Das Unternehmen in die betriebliche Ausbildung investieren ist Einsicht in den Nutzen für die Unternehmen.

Die Politik hat für das unternehmerische Handeln Rahmen zu setzen

- mit inhaltliche Zielvorgaben und Prüfungsanforderungen in den schon genannten Ausbildungsordnungen,
- mit Schutzvorschriften JASchG, BVerfG,
- und mit Förderung,
- nicht zuletzt durch die Einbeziehung von Vertretern der Wirtschaft heist im BBiG Vertreter sowohl der AN wie der AG im Bundesinstitut für BA, den BBi-Ausschüssen der Kammern und in Prüfungsausschüssen.

Linke Politik muss darauf gerichtet sein, dass auch nach Abschluss der allgemeinbildenden Schule die Persönlichkeitsentfaltung die Bildungsinhalte bestimmt, diese also nicht von den Verwertungsinteressen des Kapitals dominiert werden.

Das liest sich in unserem aktuellen Wahlprogrammwurf so:

„Eine gute berufliche Ausbildung meint eine umfassende und moderne Ausbildung mit hoher Qualität. Sie dient allen jungen Menschen, ihre eigenen Interessen, Neigungen und Fähigkeiten zu verwirklichen und zu erweitern. Wir wollen ihr Recht auf ein selbstbestimmtes Leben und berufliche Teilhabe an der Gesellschaft garantieren.“

Dieses Ideal einer emanzipatorischen also von Fremdbestimmung freien Bildung insbesondere auch der Berufsausbildung –sprich: Das Individuum entscheidet über seinen Bildungsweg. – kollidiert auch mit einem Politikverständnis, von dem wir uns selbst nicht leicht lösen:

Karl Marx hat zum kategorischen Imperativ erklärt, es seien „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist, ...“ Dazu muss eine Arbeitsteilung überflüssig werden, in der Treffen und Verwirklichen von Entscheidungen streng getrennt sind.

Wo einer oder wenige entscheiden, was viele zu tun haben, bestehen Verhältnisse von Herrschaft und Unterordnung, wird also dem Marxschen kategorischen Imperativ nicht entsprochen.

Auch und vor allem Linke Bildungspolitik darf nicht zentral vorgeben wollen, was viele zu tun haben auch nicht was sie wie lernen sollen, sie muss für Bedingungen wirken, dass Individuen selbst ihren Platz in der Gesellschaft bestimmen können, und lernen können ihn auszufüllen.

Das ist kein „dünnes Brett“ was wir da zu bohren haben. Mit den vorliegenden LL setzen wir einen Bohrer an, den wir sicher noch mehrfach schärfen und auch erneuern müssen.

Vielleicht schützt uns diese Einsicht vor zu kleinlichem Streit um einzelne Formulierungen.